

Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)
Steindamm 21
16928 Groß Pankow (Prignitz)

,den 24.02.2023

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Finanz- und Sozialausschusses am 24.11.2022

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 18.52 Uhr

Ort: Rathaus der Gemeinde, Steindamm 21, 16928 Groß Pankow (Prignitz), im
Versammlungsraum

Teilnehmer

Anwesend:

Reinhard Benn
Peter Schröder
Hartmut Hanisch
Jost Löber

Abwesend entschuldigt:

Annett Röhl
Andreas Kiekback

Abwesend unentschuldigt:

Protokollführer/in: Sandra Burisch
Aus der Verwaltung: Frau Jekal, Leiterin Hauptamt
Frau Arndt, Kämmerin

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Abstimmung über die Tagesordnung
3. Bürgerfragestunde
4. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift vom 08.09.2022
5. Diskussion und Beschlussfassung über die Ortsbeiratsbudgets ab dem Jahr 2023
Drucksachen-Nr.: 347/05-2022
6. Diskussion und Beschlussfassung über die Höhe des Frauentagszuschusses ab dem Jahr 2023
Drucksachen-Nr.: 348/05-2022
7. Sonstige Informationen
8. Anfragen der Abgeordneten

Protokoll öffentlicher Teil

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Ladung und Beschlussfähigkeit

Aus der Beratung

Der Vorsitzende des Finanz- und Sozialausschusses, Herr Benn, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Ladung ist ordnungsgemäß erfolgt.

TOP 2. Abstimmung über die Tagesordnung

Aus der Beratung

Die Abgeordneten stimmen der Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 3. Bürgerfragestunde

Aus der Beratung

Da keine Bürger anwesend sind, entfällt die Bürgerfragestunde.

TOP 4. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift vom 08.09.2022

Aus der Beratung

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.09.2022 werden nicht erhoben, somit gilt diese als genehmigt.

TOP 5. Diskussion und Beschlussfassung über die Ortsbeiratsbudgets ab dem Jahr 2023

Die Gemeindevertretung beschließt die Höhe der Ortsbeiratsbudgets für die Jahre 2023 bis 2025. Eine Anpassung an die Einwohnerzahlen soll alle 3 Jahre erfolgen. Die letzte Anpassung erfolgte für die Jahre 2020 - 2022 am 05.11.2019. Die Grundlage der Einwohnerzahlen bildet der jeweilige Stand zum 31.12. des Vorjahres. Eine Übertragung nicht verbrauchter Gelder in das Folgejahr soll weiterhin erfolgen.

Drucksachen-Nr.: 347/05-2022

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 7	
davon anwesend	: 4	
Ja-Stimmen	: 4	Stimmverhältnis : einstimmig
Nein-Stimmen	: 0	Abstimmung : angenommen
Enthaltungen	: 0	

Aus der Beratung

Frau Arndt erläutert, dass die letzte Anpassung für die Jahre 2020 bis 2022 am 5.11.2019 beschlossen wurde. Die Grundlage bilden die Einwohnerzahlen mit dem jeweiligen Stand zum 31.12. des Vorjahres. Die Planung sieht 7 € pro Einwohner pro Jahr vor. Höher möchte sie nicht gehen. Sieht man sich die Ortsbeiratsbudgets an, fällt auf, dass viel Geld durch Corona aufgelaufen ist mit Ausnahme der kleinen Ortschaften.

Der Verwaltung fiel auf, dass die Haushaltsreste viel zu hoch seien. Herr Benn meint, dass auch dieses Jahr noch nicht so viele Festivitäten stattfanden, weil man nicht wusste, wie es mit Corona weitergehe. Frau Arndt teilt mit, dass man das Geld hätte nicht nur für Veranstaltungen ausgeben können, sondern für diverse notwendige Anschaffungen zum Beispiel für die Dorfgemeinschaftshäuser, Feuerwehrhäuser oder Spielgeräte.

Herr Schröder informiert, dass das Geld seines Ortsbeiratsbudgets sinnvoll für eine Gemeinschaftstischtennisplatte eingesetzt wird, was für eine ausgefallene Veranstaltung vorgesehen war. In diesem Zusammenhang fragt er nach, was aus der kleinen Wohnung oben im Gemeindehaus von Reckenthin passieren soll, die jetzt leer steht. Wenn neu vermietet

werden sollte, müsse richtig investiert werden. Ansonsten meldet er Interesse an. Zum Budget teilt er mit, dass geplant werde, das Geld sinnvoll auszugeben und dadurch das Budget zu verringern. Es sei im Dorf nicht einmal der Bedarf an einer Weihnachtsfeier gewesen.

Herr Benn werde mit der Veranstaltungsplanung für nächstes Jahr beginnen.

Herr Benn spricht sich für die 7 € pro Einwohner aus. Er hätte gern den aktuellen Stand der Einwohnerzahlen.

Herr Löber geht auf die in seiner Erinnerung von Herrn Radloff getätigte Aussage ein, dass sich die Einwohnerzahlen in den nächsten Jahren erhöhen würden. Davon merke man seiner Meinung nach nichts.

Auf Nachfrage von Herrn Benn informiert Frau Arndt, dass es sich bei den vorliegenden Zahlen um die vom Meldeamt handelt.

TOP 6. Diskussion und Beschlussfassung über die Höhe des Frauentagszuschusses ab dem Jahr 2023

Die Gemeindevertretung beschließt die Anpassung des Frauentagszuschusses ab dem Jahr 2023 auf 1,00 € je Frau (ab 18 Jahre) des jeweiligen Ortsteils. Eine Anpassung an die Anzahl der Frauen soll im Abstand von 3 Jahren erfolgen. Die letzte Anpassung erfolgte für die Jahre 2020 - 2022. Die Grundlage bildet der jeweilige Stand der Einwohnerzahlen (Frauen ab 18 Jahre) zum 31.12. des Vorjahres. Zur Gewährung des Zuschusses ist der Verwaltung ein schriftlicher Antrag einzureichen und als Nachweis der entsprechende Flyer / Aushang beizufügen sowie das Stattfinden der Frauentagsfeier durch den Ortsvorsteher zu bestätigen.

Drucksachen-Nr.: 348/05-2022

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 7	
davon anwesend	: 4	
Ja-Stimmen	: 4	Stimmverhältnis : einstimmig
Nein-Stimmen	: 0	Abstimmung : angenommen
Enthaltungen	: 0	

Aus der Beratung

Frau Arndt weist darauf hin, dass jedem eine neue Übersicht zum Austausch vorliegt, da auf der alten ein Datumsfehler in Spalte G vorlag. Der richtige Stichtag ist also 31.12.2021.

Sie ist von 1 € ausgegangen wie im damaligen Beschluss für die Jahre 2019 bis 2022. Es zählen alle Frauen ab 18 Jahre.

Frau Arndt informiert, dass von einigen wenigen Ortsbeiräten das Geld in Anspruch genommen wird, von einigen nicht. Herr Schröder schlägt vor, die Möglichkeit den Ortsbeiräten eventuell noch einmal bewusst zu machen. Frau Arndt meint, dass sie durch den Beschluss in der Gemeindevertretung darauf aufmerksam werden würden.

TOP 7. Sonstige Informationen

Aus der Beratung

Frau Arndt teilt mit, dass es eine Verlängerung der Grundsteuerreform bis zum 31.01.2023 gab. Die Gemeinde hat diese bereits jeweils für alle Grundstücke beim Finanzamt eingereicht. Bis jetzt kam noch kein Messbescheid zurück, andere Kommunen hätte bereits welche erhalten.

Der Landkreis Prignitz schüttet für dieses Jahr aus dem Kreishaushalt 2022 voraussichtlich eine Summe von rund 132.000 € aus. Der entsprechende Beschluss wird am 08.12.2022 im Kreistag gefasst werden.

Sie erhielt vom Bauamt die Mitteilung, dass für die Setzung von vier Straßenlaternen am Bölzker Bahnhof höhere Kosten von 9.000 € entstehen werden als geplant. Mittlerweile liegen die Kosten bei ca. 21.000 €. Die Fördermittel in Höhe von 15.700 € werden sich nicht erhöhen. Auf Nachfrage von Herrn Schröder informiert Frau Arndt, dass sich der Energieverein nicht an den Kosten beteiligt, da es sich um keine Umrüstung von Straßenlaternen handelt. Die Fördermittel werden vom Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) ausgeschüttet.

Zur Sanierung der Turnhalle Lindenberg teilt sie mit, dass es keine zusätzlichen Fördermittel geben wird. Somit müssen die Mehrkosten vollständig aus Eigenmitteln gestemmt werden. Die im Haushalt 2022 geplanten Gesamtausgaben von ca. 150.000 € erhöhen sich um 52.000 € auf 202.000 €. Für das Nebengebäude der Kita Groß Pankow konnten keine Fördermittel akquiriert werden. Durch diese geplanten Mittel können die Eigenmittel auf 67.100 € für die Turnhalle erhöht werden. Die Fördermittel von 134.900 € ändern sich nicht in ihrer Höhe.

Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg teilte in der E-Mail vom 16.11.2022 mit, dass der Bund eine Verlängerung der Optionsregelung für das bisherige Ust-Recht um weitere 2 Jahre plant (§ 2b UStG). Somit gilt das bisherige Umsatzsteuergesetz bis 31.12.2024.

Die Verwaltung pflegte bereits die Änderungen ein. Obwohl die Information zur Verlängerung ziemlich spät kam, begrüße die Gemeinde diese Entscheidung.

Die Gemeinde stellte beim Finanzamt Kyritz zum § 2b UStG am 20.10.2022 eine kostenpflichtige Anfrage, für die es bis dato noch keine Antwort gab. Es gibt noch zu viele offene Fragen, die weder in den Kämmererrunden, Seminaren oder mit dem Steuerbüro Schüllermann abschließend geklärt bzw. beantwortet werden konnten.

Die beschlossene Änderungssatzung zur Gebührenordnung der Turnhalle werde nun am 08.12.2022 in der Gemeindevertretersitzung zurückgenommen unter der Voraussetzung, dass am 16.12.2022 das Gesetz durch den Bundesrat beschlossen werde.

Am 11.11.2022 ging ein Rundschreiben des Städte- und Gemeindebundes mit den Ergebnissen der Oktober-Steuerschätzung 2022 ein. Daraus geht hervor, dass die Steuereinnahmen für das kommende und die darauffolgenden Jahre bis 2026 deutlich geringer ausfallen würden. Es sei zu beachten, dass beschlossene Steuersenkungen darin noch nicht eingeflossen seien.

Zur Bewältigung der Energie- und Gaspreiskrise und Integration und Aufnahme Geflüchteter werde das Land den Kommunen bis zu 2 Milliarden Euro in den Jahren 2023+2024 zukommen lassen.

Im Moment habe der Haushaltsplan 2023 Priorität. Der Haushalt 2023 solle in der ersten Sitzungskette des nächsten Jahres beschlossen werden. Gas werde jetzt ausgeschrieben. Die Gemeinde rechne mit 70 % Mehrkosten für Gas und 40 % bei Energie.

TOP 8. Anfragen der Abgeordneten

Aus der Beratung

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende des Finanz- und Sozialausschusses schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Reinhard Benn
Vorsitzender

Sandra Burisch
Protokollführer/in

Verteiler:

7 Ausschussmitglieder
Kämmerin
Leiterin Hauptamt